

MdL Groh mit Finanzausschuss in Kanada



MdL Manfred Groh rechts im Bild mit Staatssekretär Louis Levesque (Mitte) und Finanzminister Gerhard Stratthaus (links)

Um insbesondere Vergleichsgrundlagen hinsichtlich der Arbeit der Föderalismusreformkommission II beim Bund zu erhalten, haben sich die Finanzexperten des Landes Baden-Württemberg und Finanzminister Gerhard Stratthaus, MdL vor Ort in Ottawa und Toronto über das kanadische Steuersystem und die Verflechtungen der Finanzbeziehungen unterschiedlicher Ebenen informiert.

Aufgrund des föderalistischen Staatsaufbaus können die Finanzbeziehungen in Kanada zwischen dem Bundesstaat, den Provinzen und den Kommunen durchaus vergleichsweise herangezogen werden. Auch wenn Kanada keinen, dem deutschen System vergleichbaren, kommunalen Finanzausgleich gibt, ein Länderfinanzausgleich nur ansatzweise erkennbar ist, erscheint die eine oder andere Zielsetzung bei der Steuerverteilung mehr als diskussionsfähig. Die Rede ist von der selbstständigen Erhebung und Festsetzung von Steuern durch die dortigen, mit unseren Bundesländern vergleichbaren, Provinzen.

Die Einkommensteuer des Bundes liegt zwischen 15 und 22 Prozent; die Provinzen erheben darauf einen Zuschlag zwischen 6 und 18 Prozent. Ähnlich ist es bei der Körperschaftsteuer und der Umsatzsteuer. Den Kommunen verbleibt als Steuereinnahmequelle nur die Grundsteuer, die sich aus dem tatsächlichen Grundstücks -und Gebäudewert errechnet und somit nicht nur für deutsche Verhältnisse außerordentlich hoch ist.

Aber nicht alle Provinzen erheben eine eigene Umsatzsteuer:

Die Provinz Alberta, als Öl-Region weltweit bekannt, verzichtet auf diese Steuerquelle. Ganz im Gegenteil, allen Bürgerinnen und Bürgern dort sind im vergangenen Jahr circa 400 Dollar pauschal als Steuern zurückerstattet worden.

Kanada ist das wachstumsstärkste Land unter den G 8-Mitgliedsstaaten; die öffentlichen Haushalte von Bund und den Ländern sind weitgehend saniert, jährliche Milliarden Überschüsse geben Spielraum auch für Transferleistungen des Bundes an die Provinzen.



MdL Manfred Groh im Gespräch mit Minister und Präsident Vic Foews